

Energie bewegt – Dialogchancen nutzen

Dr. Walter Steinmann, Direktor Bundesamt für Energie, Bern
Powertage, 4. Mai 2004

Messen sind Marktplätze, an denen Produkte, Dienstleistungen, Ideen und Meinungen angeboten werden. Messen sind auch Foren, in denen man über aktuelle Themen und die künftige Entwicklung spricht. Messen ermöglichen den Dialog, das Gespräch zwischen den verschiedenen Anspruchsgruppen, das Entwickeln neuer Projekte und Szenarien, das Anstossen von Kooperationen und Arbeitsgemeinschaften.

Mit den Powertagen verfügt die Energieszene nun über eine eigene Messe, an der vor allem der Dialog gepflegt werden soll: Auch wir vom Bundesamt für Energie suchen den Dialog mit der Branche sowie der Öffentlichkeit. Denn in der Energiepolitik stehen wichtige Weichenstellungen an:

Energieperspektiven 2035 – ein breiter Diskurs bringt uns zum Ziel

„Power“ heisst nicht nur die Messe, „Power“ ist auch das Stichwort für unsere Energieperspektiven, mit denen wir einen Blick weit über das Jahr 2010 hinaus werfen. Es geht um den künftigen Produktionsmix zur Befriedigung unserer Mobilitäts-, Wärme- und Strombedürfnisse. Investitionen im Energiesektor benötigen lange Vorbereitungszeiten: Sie haben lesen können, dass die Stromwirtschaft bereits laut darüber nachdenkt, wie die bestehenden Kernkraftwerke ersetzt werden sollen, wenn sie um das Jahr 2020 altershalber vom Netz genommen werden. Es ist deshalb vordringlich, dass wir uns losgelöst vom Tagesgeschäft mit diesen wesentlichen Zukunftsfragen beschäftigen und relativ rasch Energieperspektiven mit einem Horizont 2035 und gar 2050 entwickeln.

Die letzten Energieperspektiven stammen aus dem Jahr 1996. Seither hat sich einiges verändert. Die Verfügbarkeit der Erdölressourcen wird kritischer eingeschätzt, neue technologische Trends zeichnen sich ab. Stichworte sind etwa: Brennstoffzellen, Wärmepumpen, Biomasse, Windenergie, oder die wachsende Bedeutung der Stromnetze. Zusätzlich haben sich die ökonomischen Rahmendaten verändert: chronische Wachstumsschwäche und veränderte Struktur der Wirtschaft sowie ein höherer Bevölkerungszuwachs. Eine zügige Aktualisierung der Energieperspektiven unter diesen neuen Rahmenbedingungen ist deshalb unerlässlich.

In der Regel werden Perspektiven von Wissenschaftlern in ihren Modellwelten erarbeitet. Wir meinen aber, dass die konfliktträchtige Materie der Energiepolitik nicht der Wissenschaft allein überlassen werden kann, sondern dass die wichtigsten Stakeholders und die gesamte Politik frühzeitig einzubeziehen sind. Für die Begleitung des Projektes haben wir deshalb neben einer wissenschaftlich orientierten Arbeitsgruppe ein „Forum Energieperspektiven 2035“ unter Leitung von alt Regierungsrätin Dori Schaer-Born eingesetzt, welches die wesentlichen Annahmen, Optionen und Konsequenzen der einzelnen Zukunftsszenarien diskutiert. Diesem Forum gehören Vertreter der Wirtschaft, der Konsumenten, der Energieträger, der Gewerkschaften, der Umweltverbände aber auch der Kantone sowie der Wissenschaft an. An einer ersten Sitzung hat das Forum Ende Februar die Erdölperspektiven erörtert, am 2. Juli wird eine breite Diskussion über die künftigen Optionen zur Stromproduktion stattfinden: Setzen wir auf

Kombigaskraftwerke oder eine neue Generation Kernkraftwerke? Wollen wir den marktnahen erneuerbaren Energien wie etwa der Biomasse oder Geothermie eine Chance geben? Wäre es möglich und sinnvoll, die entsprechenden Kilowattstunden durch eine bewusste Spar- und Effizienzstrategie zu kompensieren?

Wir gehen davon aus, dass wir der Öffentlichkeit gegen Ende 2005 erste Ergebnisse präsentieren können und im Laufe des Jahres 2006 auch Überlegungen dazu formuliert haben, wie das ambitionierte Ziel einer 2000-Watt Gesellschaft erreicht werden kann. Bei diesem Prozess soll auch die Jugend zu Wort kommen. Wir möchten von einigen Schulklassen Alternativszenarien erarbeiten lassen, damit jene Generation, die 2035 im erwerbsfähigen Alter und in den Führungspositionen vertreten sein wird, bereits jetzt ihre Inputs geben kann. Angesichts der in den letzten Wochen angelaufenen Diskussion zu einer neuen Generation von Kernkraftwerken, rechnen wir damit, dass uns hier zwei spannende Jahre bevorstehen.

Strommarktordnung: Schrittweises Vorgehen erlaubt Dialog und schafft Vertrauen

Ebenfalls viel Spannung versprechen die nächsten Schritte auf dem Weg zu einer Ordnung des Strommarktes. Mit Blick auf die Versorgungssicherheit (Blackout 28. 9. 2003) hat die Regelung des Aussenverhältnisses absolute Priorität. In einem Brief der EU-Kommission wird die Schweiz eingeladen, zu fairen Bedingungen bei den EU-Regelungen zum Stromtransit sowie dem Binnenmarkt mitzumachen. Die EU erwartet, dass die Schweiz einen unabhängigen Transmission System Operator (TSO) und einen kompetenten Regulator (Elektrizitätskommission) schafft sowie die Übertragungsleitungen zu 100% für Durchleitungen Dritter öffnet. Diesen ersten Schritt wollen wir in Verhandlungen mit der EU in den nächsten Wochen konkretisieren und möglichst schon im Herbst ins Parlament bringen.

Der zweite Schritt heisst für uns ELWO. Die Kommission Schaer hat das EMG-Nein ernst genommen und im Verlaufe der letzten rund 12 Monate einen tragfähigen Kompromiss erarbeitet, welcher einerseits in einer ersten Phase die Marktöffnung für Verbraucher ab 100'000 kWh pro Jahr vorsieht und andererseits der Versorgungssicherheit mit klar fixierten Aufgaben und Rollen stark Rechnung trägt. Turboliberalisierer werden in der gegenwärtigen politischen Konstellation kaum Chancen haben, denn das Referendum der Gewerkschaften und Grünen gegen eine sofortige vollständige Marktöffnung - wie sie die Initiative Speck verlangt - ist so sicher wie das Schmelzen des Schnees im Frühjahr.

Endlagerung radioaktiver Abfälle – durch Partizipation einen Schritt voran

Seit über 20 Jahren versucht die NAGRA in der Endlagerfrage in der Schweiz voranzukommen. Die Fortschritte bei der Standortsuche sind bisher wenig ermutigend: Für die schwach- und mittelaktiven Abfälle muss nach dem Nein zur Sondierbohrung Wellenberg wieder bei Null begonnen werden. Bis Ende des Jahres 2004 werden die entspre-

chenden Vorarbeiten geleistet, damit wir ab 2005 politisch breit abgestützt und unter Einbezug möglichst vieler, für Entsorgungsfragen sensibilisierte Personen, die neue Standortevaluation angehen können. Dialog und Transparenz beim Verfahren sind wesentliche Punkte, welche wir bei der Standortauswahl ins Zentrum stellen werden.

Der Entsorgungsnachweis für hochaktive Abfälle ist einige Schritte weiter, doch sind wir auch hier von einem konkreten Standort noch weit entfernt. Die von der NAGRA eingereichten Unterlagen zur Option Opalinuston werden zur Zeit intensiv durch internationale und nationale Gremien geprüft. Dabei wird nicht nur – wie dies politisch derzeit mittels einer Motion Fehr gefordert wird – eine „second opinion“ eingeholt, vielmehr sind drei unabhängige Fachgremien mit dieser Überprüfung befasst: Die beiden schweizerischen Institutionen HSK und KSA sowie die OECD/NEA, welche letzte Woche ihren Bericht präsentierte. Auch bei diesen Arbeiten ist für uns der Dialog mit den betroffenen Kantonen und Regionen zentral. Neben Behördenveranstaltungen führten wir im vergangenen Herbst einen Informationsanlass für die Bevölkerung durch. Zudem begleiten drei Gremien mit Vertretern der Politik, der Wissenschaft sowie der Kommunikationsspezialisten dieses Projekt. Information und Partizipation kann auch hier Vertrauen schaffen.

Die „Powertage“ sind für uns eine gute Gelegenheit, diese aktuellen Themen mit dem interessierten Fachpublikum aus der Branche zu diskutieren. Deshalb haben wir hier an der Messe einen kleinen Stand zusammen mit dem ESTI. Der Stand ist prominent besetzt, da wir die Stimmen aus der Branche ernst nehmen. Am Donnerstag Nachmittag werde ich persönlich diesen Stand betreuen und für Fragen zur Verfügung stehen.